

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: 1. bis 15. September 1500 000 M. Einzelne Nummern 150 000 M.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 200 000 M., die 66 mm breite Grundzeile od. deren Raum im amtlichen Teile 400 000 M., unter Eingeladn. 500 000 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beilagen: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 207

Dresden, Mittwoch, 5. September

1923

Französischer Appell an Stresemann Der „unverschämte Reichtum“ der Begünstigten.

Paris, 5. September.

In der 1-ten Kammer der „Information“ prüft der Senator Lazare Weiller die europäische Situation und berichtet, daß Mac Renna nicht Schatzkanzler geworden ist, da er als ein überzeugter Anhänger der „europäischen Entente“ lenne. Mit Mac Renna und anderen Freunden, die zum englischen Parlament gehören, hat Lazare Weiller die Summen errechnet, die Frankreich, England und Amerika brauchen, um die

Reparationsfrage aus der Welt zu schaffen.

Genau Zahlen liegen sich vorläufig nicht angeben, weil die richtige Stunde noch nicht gekommen sei. Aber für alle Leute, die etwas von Geld verstanden und nicht durch politische Parteien verleitet werden, sei es gewiss, daß diese Summe, im Vergleich zu den Erwerbsmöglichkeiten Deutschlands, „sehr gering“ sei. Der Appell an Stresemann und den neuen Kanzler.

Weiler schreibt: „Wenn Deutschland ernsthaft mitwirken will und in seinem eigenen Interesse zu Opfern bereit ist, dann könnte es sich in einigen Jahren in eine wirtschaftliche Situation bringen, die es allen anderen europäischen Völkern überlegen macht.“ Dr. Stresemann müsse begreifen, daß Deutschland nach seiner finanziellen Gefährdung für die Bergung und Abklärung der Forderungen aus dem Kriege einen geringeren Betrag anzuwenden haben werde, als es vor dem Kriege für die Budget des Jahres und der Marine ausgegeben habe. Deutschland könne sich aus seiner inneren Not nur befreien, wenn es sich eifrig in die europäische Ordnung wieder einfüge.

Jetzt sehe das Volk das Ende des größten Teiles der Bevölkerung in grimmigen Widerstand zu dem unverschämten Reichtum einiger Begünstigten. Niemand dürfe das Genie des deutschen Volkes bestreiten. Gerade, weil sie das Genie der Arbeit besitzen, müßten die Deutschen erkennen, daß es eine Schande für sie sei, wenn England an Arbeitslosigkeit leide, Frankreich sich erschöpfe und Deutschland hungrig, während es Deutsche gebe, die im Ausland große Verdienste zusammengebracht hätten. Lord Curzon scheint diese Tatsachen nicht zu verstehen. Ob der Reichskanzler Stresemann sie erkenne und begreife, müsse sich zeigen. Der Platz eines großen Staatsmannes sei jetzt in Deutschland zu erobern.

Die englische Presse zur Rede Stresemanns.

Deutschlands letztes Angebot.

London, 4. September.

„Morningpost“ schreibt zur Rede Dr. Stresemanns in Stuttgart: Der Reichskanzler habe zwei Hauptaufgaben vor sich, die Reform der deutschen Finanzen und die Beendigung des Gegenjahres zwischen Deutschland und Frankreich. Die Franzosen täten alles, was in ihrer Macht liege, um die sich vererigenden Aufgaben des deutschen Kanzlers leichter zu gestalten. Die Entente müsse erst wieder hergestellt werden, bevor sie bei der Wiederherstellung der deutschen Finanzen helfen könne. Nach der Wiederherstellung der Entente werde sich der amerikanische Präsident Coolidge vielleicht ermutigt fühlen, aus seiner Isolierung hervorzutreten.

Die „Times“ erklären, sie erkennen vollkommen an, daß Deutschland die Wahl habe zwischen dem Chaos des Bürgerkrieges und der Schaffung einer angemessenen Verbindung mit der Umwelt.

„Ein deutscher Staatsmann habe so nachdrücklich wie Stresemann betont, daß Deutschland unbedingt willens sei, Reparationen zu zahlen und produktive

ive Pfänder zu diesem Zweck zu schaffen. Das Wort ist der Wunsch, daß sehr ernste politische Hindernisse noch weggeräumt werden müßten, bevor die Möglichkeit einer Kuleihe auch nur angenommen werden könne. Aber Stresemanns Angebot sei hauptsächlich an Frankreich gerichtet. Es sei vermutlich erfolglos zum Zwecke, einige dieser politischen

Hindernisse zu beseitigen. Sein wirtschaftliches Angebot sei ein Versuch, die deutsche Unabhängigkeit und die wirtschaftliche Souveränität der deutschen Regierung über ihre eigenen Gebiete durch ein festes Versprechen, Reparationen zu zahlen, zu sichern. Das von Stresemann gemachte Angebot unbedeutet zu lassen, ließe das letzte

Angebot verworfen, das Deutschland in einer einigermassen vernünftigen Fassung machen könne. Dieses Angebot zu ergreifen und zu entwickeln, würde eine direkte Ermächtigung für das deutsche Volk sein, eine Ausbreitung für sein eigenes Land zu machen.“

Der aktionsunfähige Völkerbund.

Griechenlands Antwort an die Vorkonferenz.

Die Lage schwierig, doch nicht unbedingt gefährlich.

Paris, 4. September.

Der von Poincaré telegraphisch verlangte Wortlaut der griechischen Antwort auf die Note der Vorkonferenz ist heute vormittag in Paris eingetroffen. Der Inhalt ist noch nicht bekanntgegeben, aber der „Temps“ berichtet auf neue darauf vor, daß der Standpunkt der griechischen Regierung die Aufgabe der Konferenz wahrscheinlich nicht erleichtern werde. Griechenland sei zwar mit der Unterzeichnung des Atlantik einverstanden, aber es verlaufe, daß zu der Untersuchungskommission nicht bloß die Vertreter der verbündeten Mächte, sondern auch Neutrale gehören sollten. Diese Haltung der griechischen Regierung sei „unvergänglich“, wenn das Kabinett von Athen nicht Versprechungen unbekannter Inhalts „von irgendeiner Macht“ erhalten habe. Inzwischen inflatieren sich Italien in Korfu, und die von der „Daily Mail“ wiedergegebenen Erklärungen Mussolinis lassen erkennen, daß die Wartezeit für Griechenland sehr teuer werden könnte.

An eine Aktion des Völkerbundes wird in Paris nicht geglaubt, nachdem Italien erklärt hat, daß es den Bund als Schiedsgericht in dieser Ehrenfrage nicht anerkenne. Eine praktische Wirkung könnte die „Annahme“ des Völkerbundes unter den jetzigen Umständen jedenfalls nicht haben. Deshalb wäre es am besten, wenn der Völkerbund in seiner für morgen angelegten Beratung, die unter dem Vorsitz des Delegierten Japans stattfinden soll, sich für nicht kompetent erklärt. Eine andere Idee, welche die Empfindlichkeit der neutralen Mitglieder des Völkerbundes schonen soll, besteht in dem finsternen Vorschlag, der Völkerbund solle selbst die Entscheidung an die Vorkonferenz übertragen, bezweifelnd, wie er das schon in früheren Fällen getan habe. Gegen die Vorkämpfer der Völkerbundsidee, besonders gegen Kaufmann, werden böshafte Bemerkungen gemacht, weil sie, in ihrer „Abertriebenheit“ Friedenstüme, den Frieden erschweren! Unter diesen Umständen wird die Aufmerksamkeit immer mehr auf die Sitzung der Vorkonferenz hingelenkt, die wahrscheinlich morgen über die kritische Angelegenheit beraten wird. Poincaré, der persönlich jede Äußerung vermieden hat, empfängt heute den südslawischen Ministerpräsidenten Pajisić. Dieser Unterhaltung wird in politischen Kreisen Wichtigkeit beigelegt. Die Lage wird hier, nach einer wahrscheinlich offiziellen Information, als „nicht unbedingt gefährlich, aber als schwierig“ bezeichnet.

Mussolini droht.

Der Völkerbund in Gefahr?

London, 4. September.

„Evening News“ bringt den Auszug aus einem Interview, das Mussolini einem Vertreter der „Daily Mail“ gewährt hat, und das erst morgen vollständig in der „Daily Mail“ erscheinen wird. Mussolini hat hierauf folgende Äußerungen getan: „Wenn die Griechen die Bedingungen meines Ultimatum erfüllen und bezahlen, werde ich Korfu räumen. Aber die Griechen täten gut, bald zu bezahlen, denn sonst wird der Preis höher sein. Ich habe nicht die Absicht, noch mehr griechisches Land zu

besetzen oder sonstige Sanktionen zu ergreifen, falls die Griechen nicht den Wahnsinn begreifen, italienische Staatsbürger oder italienisches Eigentum anzugreifen.“ Die „Evening News“ knüpft hieran wieder einen Angriff auf die englische Regierung, die es nach und nach mit den wenigen Freunden verwerbe, die England noch besitze. Der hiesige italienische Botschafter dementiert das Gerücht, daß Italien den Hof in Santi Spirito befehligt habe. Der „Evening Telegraph“ meldet, daß Mussolini dem italienischen Delegierten in Wert telegraphiert habe, er werde

den Austritt Italiens aus dem Völkerbunde in Betracht ziehen, falls der Völkerbund sich noch weiter mit dem italienisch-griechischen Konflikt beschäftigen wolle. Andererseits drohen auch die skandinavischen Staaten mit Austritt aus dem Völkerbunde, sofern der Völkerbund die Angelegenheit nicht in die Hand nehme. Der „Evening Standard“ schreibt dazu, wenn Branting und Kaufmann diese Drohung ausbrächen, so sei es ihnen ganz gewiß ernst hiermit. Es sei deshalb sehr leicht möglich, daß es aus Anlaß dieser Meinungsverschiedenheiten zur Auflösung des Völkerbundes kommen könne.

Dr. „Manchester Guardian“ legt großen Wert darauf, daß Mussolini einverstanden ist, den Weltgerichtshof über die Zuständigkeit des Völkerbundes urteilen zu lassen. Dies würde die Lage bedeutend verbessern. Dagegen erfährt das gleiche Blatt, daß man diesen Vorschlag Mussolinis in englischen Völkerbundkreisen mit gemischten Gefühlen aufgenommen habe, da man ihn teilweise für ein Räuberhals, aber die Sühndauer der Völkerbundsammlung hinwegkommen. Nach dem „Star“ soll der französische Delegierte de Jouvenel alle Anstrengungen machen, um in engster Gemeinschaft mit Lord Robert Cecil vorzugehen und Italien von seiner Haltung abzubringen.

Zu Zugeständnissen bereit.

Verständliche Erklärungen
des griechischen Ministers des Äußeren.

Athen, 4. September.

Wie das griechische Pressebüro mitteilt, hat der Minister des Äußeren Alexanderis den Vertretern der ausländischen Presse zur Ermüdung der italienischen Offiziere Erklärungen abgegeben, in denen er u. a. ausführte:

Die griechische Regierung habe sofort die strengste Untersuchung und Verfolgung der Schuldigen angeordnet und nichts unterlassen, um der Schuldigen habhaft zu werden. Es sei ein unglücklicher Zufall, daß das Verbrechen auf griechischem Boden geschehen sei. Nicht recht fertige die Artlage, daß Griechenland eine feindselige Handlung gegen Italien habe unternehmen wollen. Ferner habe Griechenland auch keinen Grund, sich über General Tellini wegen schlechter Befestigung der Grenze zu beschweren. Auch sei es unrichtig, daß die griechische öffentliche Meinung gegen Tellini durch die Presse aufgehetzt worden sei. Denn tatsächlich hält diese seit mehreren Monaten weder gegen den General noch gegen Italien auch nur das geringste geübt.

Nichtüberwiegiger betrachte es Griechenland als seine Pflicht, Italien in seinen Forderungen Gehör zu leisten. Es habe bereits sein Bestes getan. Der Minister des Äußeren sei persönlich beim italienischen Gesandten

gewesen, um ihm zu erklären, daß die Schuldigen exemplarisch bestraft werden würden. Die Abhaltung eines Requiem, der Ehrensalut für die italienische Fahne, sowie die Totenfeier für die Opfer seien ebenfalls zugesprochen worden. Zwei Forderungen jedoch richteten sich gegen die Unabhängigkeit Griechenlands, sowie gegen den Staat selbst, und zwar die Teilnahme des italienischen Militärattachés an der Unterzeichnung und die Zahlung von 50 000 000 Lire als Buße. Die griechische Regierung habe eingewilligt, daß der Militärattaché durch Mitteilung aller in seinem Besitze befindlichen Nachrichten zur Förderung der Unterzeichnung beitragen könne. Die Schadenersatzzahlung in Form einer Buße sei jedoch für die griechische Regierung unannehmbar, da diese sonst ihre Verantwortlichkeit eingestehen würde, obgleich sie sich hierüber völlig frei fühle. Die griechische Unterzeichnung könne sich nur auf griechisches Gebiet beschränken. Die griechische Regierung hege die Überzeugung, daß die italienische Regierung nach Befestigung der ersten Erregung den guten Willen der griechischen Regierung in diesem Zwischenfalle anerkennen werde.

Zwanzig Todesopfer.

Darunter 16 Kinder.

Paris, 4. September.

Die „Chicago Tribune“ aus Athen meldet, erklärte der gestern aus Korfu in Athen eingetroffene Leiter der amerikanischen Waisenfürsorge für den nahen Osten, daß bei der Besichtigung Korfus 20 Personen getötet worden seien, darunter 16 Kinder. Sämtliche Toten und Verletzten seien Flüchtlinge oder Waisen aus amerikanischen und englischen Waisenhäusern in der alten Feste von Korfu gewesen. Im Laufe der Besichtigung gerade 400 Waisenkinder der amerikanischen Hilfsorganisation badeten, seien Schrapnells explodiert.

Der Konflikt vor dem Völkerbundsrat.

Politik macht schriftliche Vorschläge.

Genf, 4. September.

Der Völkerbundsrat verhandelt nachmittags, in Gegenwart der Pressevertreter, über den griechisch-italienischen Streit, nachdem er vorher in einer geheimen Sitzung zusammengetreten war. Da Salandra noch keine Instruktionen erhalten hatte, wurde die Debatte auf morgen verschoben. Der griechische Vertreter Politis legte hierauf kurz den griechischen Standpunkt dar. Griechenland habe von den sieben italienischen Forderungen vier angenommen und nur drei abgelehnt, darunter die nach Verurteilung der Schuldigen zum Tode. Die geforderte Kontrolle des Verfahrens durch den italienischen Militärattaché sei unmöglich, wohl aber seine Mitarbeit. Hier unterbrach ihn Salandra und erklärte, daß die weiteren Ausführungen des griechischen Vertreters keine Informationen, sondern eine Vertretung des griechischen Standpunktes seien. Lord Robert Cecil versuchte das zu unterbrechen, daß Politis seine Ausführungen fortsetze, da er neue Vorschläge zu machen habe, schloß sich aber schließlich dem Vorschlag Salandra an, daß Politis seine Vorschläge schriftlich formulieren solle.